

## **Sportpolitische Fragen der DOSB-Mitgliedsorganisationen an die Fraktionen im Deutschen Bundestag**

### **Anlässlich des**

### **DOSB Wahlhearings am 1. Juli 2009**

#### **Deutscher Aeroclub:**

Erbittet in folgenden Punkten eine Stellungnahme zum Luftsicherheitsgesetz:

Die Luftsportler sind ins Visier der Terrorfahnder geraten - unberechtigt, wie wir meinen. Seit 2004 müssen sich Luftsportler einer strengen Zuverlässigkeitsüberprüfung unterziehen. Sportflugzeuge sind keine Waffen. Sie sind aufgrund der geringen Zuladungsmöglichkeiten als Transportmittel für Sprengstoffe wenig effektiv und wurden weltweit noch nie für einen Terroranschlag eingesetzt. Eine deutsche Pilotenlizenz im Verein zu erwerben und zu halten ist sehr zeitintensiv und mit großem persönlichem Engagement verbunden. Terroristen agieren weltweit, wohl kaum einer würde in einem deutschen Verein eine deutsche Lizenz erwerben. Schon im europäischen Ausland sind die Bestimmungen wesentlich lockerer. In Deutschland dürfen nach internationalem Recht Piloten mit ausländischen Lizenzen und Flugzeugen fliegen. Ohne den Nachweis der Zuverlässigkeit! Durch deutsches Recht werden deutsche Piloten im eigenen Land ausländischen Piloten gegenüber benachteiligt!

Antwort:

Ohne sicherheitsfanatisch zu sein: dass große und kleine Flugzeuge zu Terroranschlägen genutzt werden können, ist seit dem 11.9.2001 leider nicht mehr auszuschließen. In Deutschland gibt es viele AKWs, die nicht gegen Flugzeugabstürze gesichert sind. Deshalb macht eine Zuverlässigkeitsprüfung Sinn, auch wenn uns bewusst ist, dass sie nicht das Allheilmittel gegen Terroranschläge ist.

Nationale Verantwortung – nationale Spielräume nutzen

Piloten denken international. Kaum ein Sport, der so grenzübergreifend agiert wie der Luftsport. Deshalb begrüßen die Luftsportler eine europaweit einheitliche Gesetzgebung für die Luftfahrt. Doch nicht für alle Bereiche sind europäische Regelungen sinnvoll. Deshalb räumen die EU und die europäischen Behörden den Mitgliedsstaaten nationale Spielräume ein. Der Deutsche Aero Club

fordert, dass der Gesetzgeber und die deutschen Behörden die nationalen Spielräume im Sinne der Luftsportler besser nutzen. Beispiel: Ab dem 1. Januar 2010 müssen alle Motorflugzeuge mit einem Emergency Locator Transmitter (ELT) ausgerüstet werden. Das verlangt die 3.

Durchführungsverordnung der Betriebsordnung für Luftfahrtgerät (LuftBO), die im April 2009 in Kraft trat. Diese automatischen Notsender, die bei einem Crash die Position des verunglückten Flugzeugs an eine Rettungseinrichtung weiterleiten, werden von der internationalen Zivilluftfahrt-Organisation nur für grenzüberschreitende Flüge verlangt. Von der Ausrüstungspflicht sind in Deutschland rund 6700 Flugzeuge betroffen. Ein 406 ELT kostet rund 2500 bis 3000 Euro einschließlich Einbau. Was in großen Flächenstaaten sinnvoll sein kann, ist in Deutschland kaum nützlich. In Deutschland gibt es keine großen unwegsamen Flächen. Der Deutsche Aero Club fordert eine Ausnahmeregelung für Flugzeuge unter 2t MTOW, die überwiegend als Sport- und Freizeitgerät eingesetzt werden. Piloten sollten selber entscheiden dürfen, ob sie ihre Flugzeuge mit einem Notsender ausrüsten wollen.

Antwort:

Auch in Deutschland gibt es Regionen, die schwer zugänglich oder dünn besiedelt sind, deshalb sehen wir keine deutsche Sondersituation. Allerdings könnte man angesichts der relativ hohen Kosten über Hilfs- und Fördermöglichkeiten nachdenken.

### **Deutscher Alpenverein:**

Wie stehen Sie zu

- der Forderung, dass die Bundesregierung zukünftig neben der Förderung des olympischen Spitzensports verstärkt auch den nichtolympischen Spitzensport fördern sollte? Gerade das Beispiel der Sportart „Klettern“ zeigt, welches Potential im Bereich des Spitzensports in diesen jungen, attraktiven und auch medienwirksamen Sportarten auch aus Bundessicht steckt. Eine internationale Konkurrenzfähigkeit können diese Sportarten nur durch eine adäquate Spitzensportförderung des Bundes erreichen.

- der Forderung, analog zu anderen europäischen Ländern einen so genannten „Klimafonds“ einzurichten, mit dem zum einen Projekte gefördert werden können, die dazu beitragen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu reduzieren und die zum anderen helfen, die unmittelbaren Folgen des Klimawandels zu beheben? Gerade der Deutsche Alpenverein ist bereits heute massiv durch die Folgen des Klimawandels betroffen, da z.B. durch die zunehmende Anzahl von Starkniederschlägen der Unterhalt der Bergsportinfrastruktur deutlich aufwändiger und kostenintensiver wird. Auf der anderen Seite trägt

der DAV auch durch das Ziel, die alpinen Berghütten regenerativ zu ver- und entsorgen, dazu bei, die Folgen des Klimawandels im Alpenraum zu minimieren.

- der Forderung die Stromsteuer für Sportvereine zu ermäßigen bzw. zu erlassen? Der Gesetzgeber will gemeinnützige Vereine bei der Umsetzung ihrer steuerbegünstigten Zwecke weitestgehend von Steuer befreien. Das wird bei der Stromsteuer jedoch nicht umgesetzt. Gemeinnützige Vereine – insbesondere Sportvereine – müssen zur Umsetzung ihrer Vereinsziele sehr häufig hohe Aufwendungen für den Bezug elektrischer Energie tragen, so z. B. für Flutlichtanlagen, Beleuchtung und Heizung von Turnhallen, Kletterhallen, u. v. m.. Wir schlagen daher vor, dass neben dem produzierenden Gewerbe und der Landwirtschaft auch gemeinnützige Vereine bei der Stromsteuer begünstigt werden.

- zu der Forderung, das Ziel, ein modernes und einheitliches Umweltrecht in Deutschland zu schaffen, in der nächsten Legislaturperiode wieder aufzugreifen?

- der Forderung, dass die, aus Sicht des Sports besonders wichtigen und im derzeitigen Bundesnaturschutzgesetz verankerten Punkte der natur- und landschaftsverträglichen sportlichen Betätigung wieder Berücksichtigung finden. Dies sind insbesondere:

- Die natur- und landschaftsverträgliche sportliche Betätigung muss als Form der Erholung in den Zielen des Gesetzes verankert sein.
- Es muss gesetzlich geregelt sein, dass die natur- und landschaftsverträgliche sportliche Betätigung kein Eingriff in Natur und Landschaft ist.
- Ein Zugangsrecht in die freie Landschaft für alle Formen des natur- und landschaftsverträglichen Sports ist im Gesetz zu verankern.
- Analog zu der Anerkennung als Naturschutzverband ist eine Anerkennung der Natursportverbände zu verankern.

Antwort:

Bündnis 90/Die Grünen beklagen schon lange, dass die staatliche Förderung zu einseitig die olympischen Sportarten bedient und die nichtolympischen Sportarten, die aber gesellschaftlich bedeutend sind, vernachlässigt. Das muss sich in den kommenden Jahren ändern!

Die Arbeit des DAV zum Schutz der Natur und des Klimas finden wir wichtig und richtig. Wir wollen ein umfassendes Klimaschutzgesetz, das auch die von ihnen angesprochenen Fragen regeln soll.

Dass man für regenerative Energien Stromsteuern bezahlen muss, haben wir immer kritisiert. Unter Rot-Grün konnten wir ein Förderprogramm durchsetzen, das diese Einnahmen in Investitionen in erneuerbare Energien wieder zurückführt. Wir wollen Strom aus regenerativen Energien von der Stromsteuer befreien, davon profitiert auch jeder Sportverein, der auf Ökostromanbieter umsteigt.

Wir halten weitere Ausnahmen zur Senkung der Stromsteuer bzw. Ökosteuern, für ökologisch kontraproduktiv. Auch der Strom für Flutlichtanlagen u.v.a. aus Kohlekraftwerken schadet dem Klima, selbst wenn der Verein gemeinnützig ist.

Wir Grünen haben uns für ein Umweltgesetzbuch seit vielen Jahren eingesetzt. Es kam schon unter Rot-Grün nicht zustande, aufgrund des Lobbydrucks aus der Wirtschaft, der Land- und Forstwirtschaft und der destruktiven Haltung der Bundesländer. Die große Koalition hat leider die große Chance auf ein einheitliches UGB, das sie mit ihrer breiten Mehrheit in Bund und Ländern hätte schaffen können, verspielt. Diesmal haben vor allem die CSU und ihr bayerischer Ministerpräsident Seehofer einen wesentlichen Beitrag zum Scheitern geleistet. Nun bleibt die Hoffnung, dass die verabschiedeten „Ersatzgesetze“ des Bundes nicht alsbald von einzelnen Ländern nach deren Vorstellung verändert werden. Dann käme es zu einem Flickenteppich in Deutschland, beispielsweise im Naturschutzrecht, zum Schaden aller Natursportler/innen.

Im Übrigen unterstützen wir grundsätzlich die genannten DAV-Forderungen und haben auch seinerzeit weitgehend erfolgreich für die Berücksichtigung der Interessen des Natursports im Bundesnaturschutzgesetz gekämpft.

#### **Deutscher Fußball-Bund :**

Wie stehen Sie zu

- einer kontrollierten Liberalisierung des Sportwettenmarktes mit dem Ziel einer lizenzierten Zulassung von Sportwettenanbietern? Sind Sie für die Zulassung aller Anbieter, die die Lizenzvoraussetzungen erfüllen?
- einem Ausbau der steuerlichen Förderung des Ehrenamtes und der gemeinnützigen Sportvereine?

- der Förderung von Sprachkursen im Sport bzw. Sportverein?
- dem Erhalt der Zahl der Förderplätze in den Sportfördergruppen der Bundeswehr?

Antwort:

Wir Grünen halten nichts von einer Liberalisierung des Wettmarktes. Es wird heute schon zuviel sinnlos gewettet. Alleine in Deutschland sind mehrere hunderttausend Menschen spielsüchtig. Spiele und Wetten müssen staatlich kontrolliert und Spielsucht muss wirkungsvoll bekämpft werden. Nur die ohnehin privilegierten Sportarten und deren Verbände würden von möglichen Werbeeinnahmen von Wettanbietern profitieren. Der Breitensport würde leiden, weil die Lotto-Toto-Mittel noch deutlicher zurückgehen würden als in den letzten Jahren. Das kann der Sport nicht ernsthaft wollen, nur damit die Profifußballer noch mehr Einnahmen erzielen können.

Wir haben in den letzten Jahren, auch unter Rot-Grün, die steuerliche Förderung des Ehrenamtes und der gemeinnützigen Vereine unterstützt. Weil wir zivilgesellschaftliches Engagement schätzen und fördern wollen, übrigens auch durch die Reform des Stiftungsrechtes. Diese Förderung muss weiterentwickelt werden. Allerdings werden die kommenden Jahre geprägt sein von den Folgen der gigantischen Verschuldung in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Große steuerliche Wohltaten kann man z. Z. nicht ernsthaft versprechen, wohl aber steuerliche Vereinfachungen und Besserstellung in sozialen Fragen.

Eine verbesserte Förderung der Sprachkurse für Einwanderer/innen insgesamt, von denen dann auch Sportvereine profitieren könnten, halten wir für überfällig. Die Mittel für sogenannte Integrationskurse, die teilweise (ca. 6 Mio. € pro Jahr) an den Sport gehen, sind zu gering und müssen dringend aufgestockt werden.

Die Förderplätze für Sportler/innen bei der Bundeswehr wollen wir erhalten und ausbauen, zumal die Bundeswehr deutlich zu viele Soldaten/innen hat. Allerdings halten wir eine Ausweitung auf andere Sportarten und auf ein breiteres Spektrum von beruflicher Qualifikation für sinnvoll.

### **Deutscher Karate Verband:**

Gibt es bei Ihnen Vorstellungen dazu, wie Projekte von Spitzensportverbänden in Sachen Integration und Gewaltprävention außerhalb der Sportförderung in Zukunft noch stärker gefördert werden können?

Antwort:

Die über 40 Fußball-Fanprojekte, die auch von Ländern und Kommunen unterstützt werden, halten wir für wichtig. Sie sind ein erfolgreicher Beitrag zum Abbau von Gewalt und Rassismus. Wir unterstützen diese Arbeit zu Recht mit Bundesmitteln (Koordinationsstelle). Auch die Förderung von Projekten wie z.B. Straßenfußball für Toleranz ist wichtig. Insgesamt meinen wir, dass mehr Bundesmittel für internationale und interkulturelle Projekte auch für kleinere Verbände zur Verfügung gestellt werden müssen, wenn wir die integrativen Möglichkeiten des Sports besser nutzen wollen.

### **Deutscher Verband für Modernen Fünfkampf:**

- Wird es in Zukunft wieder eine Förderung von ehrenamtlichen Personen in internationalen Führungspositionen geben und wenn ja, wie wird diese gestaltet sein?
- Wie können junge Menschen bei der Erlangung intern. Führungspositionen im Sport durch die Politik unterstützt werden?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie, Büros internationaler Dachverbänden in Deutschland zu unterstützen?

Antwort:

Notwendig wäre die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes, wie sich der Deutsche Sport in internationale Organisationen des Sports einbringen will und wie der Staat diese Arbeit fördern kann. Generell sehen wir Grüne die Sache positiv. Aber ohne Konzept und Strategie, ohne Klärung der Arbeitsteilung zwischen Staat und Sport kann eine finanzielle und personelle Unterstützung nicht versprochen werden.

### **Deutscher Ruderverband:**

Wie stehen Sie

- zu dem Stellenwert von Trainern in unserer Gesellschaft und zu der Frage nach ihrer Gehaltsabwicklung.
- zu der Frage, ob Verbände einen Titel erwerben können, wenn z.B. Hotelkosten für eine Weltmeisterschaft bereits ein Jahr im Voraus bezahlt werden müssen?

Antwort:

Der Stellenwert von Trainer/innen wurde in Deutschland lange unterschätzt. Nur wenige sind gut bezahlt und auf sicheren Posten, ein Großteil hat eher ein prekäres Arbeitsverhältnis (befristet, unterbezahlt) oder arbeitet ganz ehrenamtlich. Deshalb mangelt es inzwischen am Nachwuchs. Wir meinen, Trainer/innen von heute müssen hochqualifiziert sein und sollten deshalb wie in andern vergleichbaren Berufen bezahlt und abgesichert sein. Wenn wir den Deutschen Sport international erfolgreicher machen wollen, müssen wir den Trainerbereich deutlich verbessern, das heißt professionalisieren.

Die finanzielle Ausstattung der Verbände für wichtige internationale Auftritte muss im Rahmen eines Gesamtkonzepts von Verbänden und Bund sichergestellt werden.

### **Deutscher Rugby-Verband:**

- Wie beurteilen Sie eine verstärkte Förderung der nicht-olympischen Verbände?

Siehe Antwort an DAV. Allerdings wird Rugby jetzt ja voraussichtlich olympisch.

### **Deutscher Seglerverband:**

Wie stehen Sie zu

- der erhöhten Belastung gemeinnütziger Vereine durch zum Teil dramatisch angehobene Pachten des Bundes für solche bundeseigenen Flächen, die von den Vereinen für ihre Sportstätten genutzt werden, insbesondere im Bereich des Wassersportes?
- dem Antrag des Bundesrates, "Anhänger, die zu Sport- und Freizeitwecken hinter Lastkraftwagen mit einer zulässigen Gesamtmasse bis zu 3,5 t geführt werden" vom Sonn- und Feiertagsverbot

generell zu befreien? Hintergrund: Nach § 30 Abs. 3 StVO gilt auf deutschen Straßen an Sonn- und Feiertagen ein Fahrverbot u.a. für Lastkraftwagen mit Anhänger. Von diesem Verbot sind verschiedene Verkehre gesetzlich ausgenommen (§30 Abs. 3 Ziffer 1-4). Darüber hinaus können die zuständigen Landesbehörden gem. § 46 Abs. 1 Nr. 7 und Abs. 2 auf Antrag Ausnahmegenehmigungen von diesem Fahrverbot erteilen. Von diesem Sonntagsfahrverbot sind eine Reihe von Sportarten (z.B. Aero-, Kanu-, Reit-, Ruder-, Segelsport) betroffen. Die Wettkämpfe in diesen Sportarten finden in aller Regel an den Wochenenden statt und enden am Sonntagnachmittag, da die weit überwiegende Zahl der Teilnehmer Amateursportler sind, die in der Woche ihrer Schule, ihrer Berufsausbildung oder ihrem Beruf nachgehen. In der Praxis werden die für derartige Fahrten beantragten Ausnahmegenehmigungen regelmäßig erteilt. Seit Jahren empfiehlt die Bund-Länder-Arbeitsgruppe StVO, diese Ausnahmegenehmigungen einheitlich und unkompliziert zu erteilen. Der Verkehrsausschuss und der Rechtsausschuss des Bundesrates empfehlen, diese Fahrten in die gesetzlichen Befreiungstatbestände aufzunehmen. Der Bundesrat hat in seiner 858. Sitzung am 15.05.2009 beschlossen, einen entsprechenden Verordnungsänderungsantrag der Bundesregierung zuzuleiten.

Antwort:

Wir haben im Sportsausschuss fraktionsübergreifend diese überhöhten Pachten kritisiert und teilweise auch mit Erfolg interveniert.

Ich unterstütze den genannten Antrag des Bundesrates zur Aufhebung des Sonntagsfahrverbots für Sportanhänger im Interesse der betroffenen Sportarten.

**Verband Deutscher Sportfischer:**

- Wie sehen Sie die Stellung der nicht-olympischen Verbände und deren finanzielle Integration?

Siehe Antwort an DAV.

**CVJM-Gesamtverband in Deutschland:**

Wie stehen Sie zu

- der Förderung von Sportangeboten in Kindergärten.

Wir wollen die Bewegungserziehung (durch Spiel- und Sportangebote) im Vorschulbereich deutlich verbessern. Das ist wichtig für die soziale und individuelle Entwicklung von Kindern.

- der Sicherstellung der 3. Sportstunde oder mindestens 2. Sportstunde in Schulen.

Antwort:

Sportangebote in Kindergärten sind unbedingt zu fördern. Drei Sportstunden sollen die Regel sein. Schulen sollten zu spiel- und bewegungsfreundlichen Einrichtungen umgestaltet werden.

- der Frage, wie die Politik die Einrichtung eines Fernsehkanals für Randsportarten fördern kann? → Bezug nehmend auf die Anregung von Fritz Pleitgen mal einen Sender/ Kanal ähnlich wie Phoenix, oder etwa einen Kanal 'Phoenix-Sport', wo eben Sportarten vorkommen, welche nicht so populär sind. Dieser Kanal sollte sich deutlich von DSF oder Eurosport abheben.

Antwort:

Ob ein solcher Kanal hilft, weiß ich nicht. Dennoch bin ich der Meinung, dass öffentlich-rechtliche Programme „Randsportarten“ mehr Aufmerksamkeit schenken sollten. Ihre Aufgabe sollte darin bestehen, die ganze Breite des Sports zu präsentieren, anstatt nur ‚große‘ Sportarten wie Fußball, die hohe Werbeeinnahmen versprechen.

#### **Bundesverband staatlich anerkannter Berufsfachschulen für Gymnastik und Sport:**

- Welche Anstrengungen wollen Sie unternehmen, um dem Thema Prävention zukünftig die notwendige Bedeutung zukommen zu lassen? (Präventionsgesetz)

Antwort:

Bündnis 90/Die Grünen sind schon lange für ein Präventionsgesetz, weil Prävention die beste Gesundheitspolitik ist. Sie hilft den Menschen und spart Krankenkosten. So ist beispielsweise eine Wirbelsäulengymnastik preiswerter als eine Operation und zudem langfristig auch erfolgreicher.

#### **Deutsche Gesellschaft für Sportmedizin und Prävention:**

- Wann wird das Fach Sportmedizin und Prävention Pflichtfach in der Approbationsordnung der Ärzte? Hintergrund: z.Zt. können Ärzte die Approbation erhalten ohne Kenntnisse in Bewegungsmedizin und Prävention.

Antwort:

Wann dies passiert, entzieht sich unserer Kenntnis. Es wäre aber sehr wichtig und sinnvoll. Hier sind auch die Ärzteverbände und die Länder gefragt.

- Wann kommt eine Vorsorgeuntersuchung und Trainingsberatung für Freizeit- und Breitensportler als Ergänzung zum Check-Up 35? Hintergrund: körperliche Aktivität als wichtiger Bestandteil der Prävention.

Antwort:

Auch hier wissen wir nicht, wann dies geschieht. Wir Grünen halten eine solche Untersuchung für sinnvoll, da sie präventiv wirkt und späteren höheren Kosten bei Verletzungen entgegenwirkt.

#### **Nicht-Olympische Spitzenverbände im DOSB:**

- Könnten wir Sie für eine Änderung bzw. Verbesserung der Nachrangigkeits-Definition gewinnen? Eine Nachrangigkeit wäre sicherlich auch bis 8, 10 oder gar 20 Prozent gegeben, wobei mit diesen Mitteln viel erreicht werden könnte. Im bisherigen 'Closed-Shop' der Olympischen Verbände und Sportarten gibt es nach IOC-Beschlüssen künftig Bewegung. Es wird im Sportprogramm einen Auf- und einen Abstieg geben. Das heißt, beim IOC-Kongress im Oktober in Kopenhagen wird nicht nur der Ausrichter der Olympischen Spiele 2016 gekürt. Das Sportprogramm dieser Spiele wird voraussichtlich zwei neue Sportarten aufgestockt, nachdem bereits für 2012 Baseball und Softball gestrichen worden sind. Und ab 2020 soll es gar drei Auf- und Absteiger geben. Um für mögliche Aufstiege gewappnet zu sein, wäre es sicherlich von Vorteil, den nichtolympischen Verbänden künftig mehr Aufmerksamkeit zu widmen wie bisher. Notwendig dafür wäre eine Neudefinition des 'Gebotes der Nachrangigkeit' für den nichtolympischen Spitzensport. Heute legt es das zuständige Ministerium so aus, dass die NOV 2,5 Prozent der Summe erhalten, die an die olympischen Verbände für die Jahresplanung und das Leistungssportpersonal geht.

Antwort:

Bündnis 90/Die Grünen sind mit ihnen der Überzeugung, dass die NOV besser gestellt werden müssen. Die derzeitige Bundesförderung ist viel zu einseitig auf die olympischen Sportarten fixiert. Sport ist mehr als Olympische Spiele und Sportarten. Gesellschaftlich haben viele nichtolympische Sport- und Bewegungsarten eine viel höhere Bedeutung als manche altherwürdige olympische Sportart.

#### **Führungsakademie des Sports:**

- Was zählt für Sie zu einer Grundversorgung in Sport für den einzelnen Bürger/-in und wie kann der Staat diese gewährleisten?

Antwort:

Dies ist eine sehr komplexe Frage. Der Staat muss für den Vorschul- und Schulsport die notwendigen Anlagen zur Verfügung stellen sowie den öffentlichen Raum in Städten und Gemeinden spiel- und bewegungsfreundlich gestalten, damit Bewegung und Spiel im Wohnumfeld möglich ist. Sportvereine sollen durch Sportstättenförderung in die Lage versetzt werden, für alle BürgerInnen Sportangebote zu bieten. Der Staat kann und soll aber keinesfalls alle Sportstätten selbst bauen und unterhalten. Der Sport pocht immer wieder auf seine Autonomie gegenüber der Politik, dann kann er jedoch nicht gleichzeitig volle staatliche Finanzierung verlangen - Unterstützung und Hilfe sehr wohl.

Unsere Vorstellungen für eine neue Bewegungskultur finden sie in Kurzform auch unter [http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/280/280005.flyer\\_sport.pdf](http://www.gruene-bundestag.de/cms/publikationen/dokbin/280/280005.flyer_sport.pdf)